

erstellt am: 22.01.2010

URL: www.rp-online.de/politik/deutschland/Truppenaufstockung-weiter-offen_aid_810122.html

Bundeswehr in Afghanistan

Truppenaufstockung weiter offen

zuletzt aktualisiert: 22.01.2010 - 12:38

Berlin (RPO). Die Frage nach einer Aufstockung des Bundeswehrikontingents in Afghanistan ist weiter offen. Das Verteidigungsministerium dementierte am Freitag einen Bericht, wonach zusätzlich 1500 Soldaten an den Hindukusch geschickt werden sollen. Die FDP spricht sich unterdessen dafür aus, sich nicht vor der Afghanistan-Konferenz in London festzulegen.

Zunächst war verbreitet worden, dass die Truppe in Afghanistan aufgestockt werden sollte. Eine Nachrichtenagentur hatte sich dabei auf hohe Beamte des Verteidigungsministeriums berufen. "Diese Zahl entbehrt jeder Grundlage", sagte Ministeriumssprecher Christian Dienst am Freitag in Berlin.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erklärte: "Es ist weder auszuschließen, dass wir in den Grenzen bleiben können als auch, dass wir darüber hinausgehen können. Es muss nur Sinn machen", sagte Guttenberg. Bisher liegt die Obergrenze bei 4500 Soldaten. Derzeit sind knapp 4300 deutsche Soldaten am Hindukusch im Einsatz, die Mandatsobergrenze von 4500 Soldaten ist damit fast ausgeschöpft. Über ihre weiteren Pläne für den Einsatz hält sich die Bundesregierung bisher bedeckt.

Die FDP will erst nach der Afghanistan-Konferenz über die künftige Stärke des Bundeswehr-Kontingents beraten. "Erst müssen wir uns über die Ziele verständigen, dann über die Strategie und als letztes kommen die Mittel, also die Zahl der Soldaten", sagte FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner der "Mitteldeutschen Zeitung". Daher sei es nicht sinnvoll, vor der Konferenz über die Zahl der benötigten Soldaten zu sprechen.

In einem von Gabriel gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier vorgelegten Positionspapier wird besonders einer Aufstockung deutscher Kampftruppen ausgeschlossen. "Zusätzliche Kampftruppen lehnen wir ab", heißt es in dem Text. Geprüft werden soll zudem, ob die deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeuge nicht durch Kräfte anderer Staaten abgelöst werden könnten. Bereits 2011 soll dann parallel zum angekündigten Abzug erster US-Einheiten auch der Rückzug des deutschen Kontingents beginnen. Verdoppelt werden sollen dem SPD-Papier zufolge aber die von Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan.

Union und Linke kritisierten den SPD-Vorschlag. "Mit Überschallgeschwindigkeit wirft die SPD ihre staatspolitische Verantwortung über Bord", kommentierte etwa Unions-Fraktionsvize Christian Ruck (CSU). Gabriel wies diese Kritik zurück.

Bei der internationalen Afghanistan-Konferenz am kommenden

Donnerstag wollen die beteiligten Staaten ihr Engagement in Afghanistan überprüfen. Da die USA ihre Truppen um 30.000 Soldaten aufstocken wollen, wird auch von den internationalen Partnern mehr verlangt. Die USA wollen die Taliban vor einem Abzug entscheidend schwächen. Auch im Norden, wo die Deutschen das Kommando führen, sollen deutschen Regierungsangaben zufolge 2500 zusätzliche amerikanische Soldaten eingesetzt werden.

Deutschland dringt darauf, den Fokus stärker auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und den Wiederaufbau zu legen, und will dafür zusätzliche Hilfe anbieten. Am Montag will sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ressortchefs des Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Entwicklungshilfeministeriums treffen, um die Position der Bundesregierung zur Afghanistan-Konferenz abzustecken.

© RP Online GmbH 1995 - 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

[Artikel drucken](#)